



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/X/39 - 15.2.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039,890

Die Verleumdungskampagne gegen die SPD-Führung	S. 1
Der militärische Aspekt des Moskauer Führungswechsels	S. 3
Die Saarentschließung des Ausschusses für innere Verwaltung	S. 5
Atomenergie und Besatzungsrecht	S. 6

Kurt Schumacher und Konrad Adenauer

F. Der Bundeskanzler verbreitet seit einiger Zeit eine Legende über sein Verhältnis zu dem am 20. August 1952 verstorbenen ehemaligen Vorsitzenden der SPD, Kurt Schumacher. In seiner Parteidrede am 6. Februar sagte Dr. Adenauer wörtlich: "Wenn ich an Dr. Schumacher denke, wenn ich mir ihn manchmal in den vergangenen Jahren - von allem Menschlichen abgesehen - als politischen Gegner im Bundestag gewünscht habe, weil ich wußte, dass man in nationalen Fragen mit ihm einig werden konnte..." Bei einer späteren Gelegenheit darüber befragt, hat Adenauer diesen Satz zu einer Behauptung konkretisiert, indem er sagte, er sei mit Schumacher in den großen nationalen Fragen, auch in der Aufrüstung, einig gewesen.

Die vordergründige Absicht dieser Äußerungen besteht darin, die gegenwärtige Führung der Sozialdemokratie herabzusetzen. Es soll der Bevölkerung klargemacht werden, dass der heutige politische Kurs der SPD gegen die Grundauffassungen von Kurt Schumacher gerichtet sei. Da er, Adenauer, aber mit seinem verstorbenen Gegner in den "großen nationalen Fragen" einig war, liegt die Schuld für die tiefe Kluft zwischen den beiden Lagern einseitig bei der SPD und ihrer heutigen Führung. Das ist der Sinn dieses Manövers.

Adenauer will offenbar keine "große nationale Frage" nennen, in der er angeblich mit Schumacher einig war. Welches sind unsere

"großen nationalen Fragen"? Die Wiedervereinigung, der Kampf gegen die Feinde der freiheitlichen Ordnung, das Bekenntnis zur Bundesgenossenschaft mit den Kräften des Friedens und des Fortschrittes, der Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft, die Sicherung der sozialen Gerechtigkeit. Die Reihe ist lang. Aber bei näherer Untersuchung der einzelnen Punkte würde man bald feststellen, dass die gemeinsamen Begriffe eine Gemeinsamkeit in der Sache nur vortäuschen.

So war auch die Gegnerschaft, die Kurt Schumacher von Konrad Adenauer trennte, weit mehr als ein taktisches Resultat der parlamentarischen Opposition, sie war hart, fast unerbittlich und er hat ihr oft genug mit schneidenden Worten Ausdruck gegeben. Keiner kennt die Schärfe dieser Gegnerschaft übrigens besser als Adenauer selbst. Auch die Formel "Einig im Ziel, verschieden in der Methode" trifft den historischen Sachverhalt keineswegs. Adenauer war überzeugt, dass seine Politik der gefügigen Vorleistungen gegenüber den Siegermächten zum Erfolg führen werde; Schumacher sah in der ganzen Anlage dieser "Außenpolitik" eine Barriere, an der die Bemühungen um die Wiederherstellung der deutschen Einheit ebenso scheitern mußten wie der europäische Zusammenschluß. Unangreifbare Tatsachen lassen ein Urteil schon heute darüber zu, wer recht hatte: Das Angebot deutscher Soldaten hat sich ebenso wenig ausgezahlt wie die Bereitschaft zum Verzicht auf die Saar. Der westliche Teil Nachkriegsdeutschlands hat unter seiner verantwortlichen Führung keinen Beitrag zur internationalen Entspannung geleistet, der die Einigung der Großmächte ermöglichte.

Alle Früchte einseitiger Ausrichtung, der Angebote, Leistungen und Opfer sind diesem Kanzler versagt geblieben. Er steht heute mit leeren Händen da. Sie scheinen nach Kurt Schumacher in der Absicht zu greifen, dass aus der Legende politischer Gemeinsamkeit und nationaler Einigkeit eine Art Mitverantwortung entstehe.

Schumacher kann sich selbst gegen diese Zumutung nicht mehr wehren. Das macht den Versuch Adenauers doppelt unerfreulich für jeden, der sich Sinn für Fairness auch in harten politischen Kampf bewahrt hat. Deshalb muss man Dr. Adenauer, wenn er selbst schon nicht das Gefühl dafür aufbringt, nachdrücklich sagen: Hände weg von unserem großen Toten! * * *

Die alte Garde der Marschälle

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Die Veränderungen an der Spitze des Kreml werden meist immer noch als Sieg der Partei und ihres Ersten Sekretärs, Chruschtschow, gedeutet. Oft übersieht man, dass drei der bekanntesten Repräsentanten der Sowjetarmee - Woroschilow, Bulganin, Schukow - die wichtigsten Funktionen des Staates besetzt hatten. Dass Staatspräsident, Ministerpräsident und Verteidigungsminister nun Marschälle sind, ist eine der auffallendsten Tatsachen nach der Regierungsumbildung. Marschälle in der Sowjetunion sind allzumal sehr prominente Parteimitglieder. Der angebliche Dualismus Partei-Heer, der gern konstruiert wird, entstammt westlichen Gedankengängen. In der Sowjetunion ist das anders: auch ein Mann wie Schukow ist nicht ein gleichgeschalteter Militarist, sondern ein militarisierter Kommunist. Er hat überraschende strategische Fähigkeiten entwickelt, die ihm wohl nur solche Generäle absprechen, die er vor Leningrad, Moskau, Stalingrad und auf dem Wege von dort nach Berlin schlug - soweit sie noch am Leben sind. Eisenhower hat darüber eine sehr feste Meinung.

Warum soll der Kommunist Schukow in prinzipiellen Fragen anderer Meinung sein als der Kommunist Bulganin? Warum soll dieser überhaupt als politischer Marschall verschrien und daher in der Armee gehasst sein, wie manche Stimmen behaupten wollen? Beide sind sehr frühe Soldaten der Revolution gewesen. Sie sind sozusagen 40 Jahre nebeneinander marschiert. Als Bulganin Koordinator der Verteidigung wurde, wachte er plötzlich als Generalleutnant auf - also gilt er als "armeefremd". Dass er in den schwierigsten Jahren der Sowjetunion stündlich mit Offizieren der Roten Armee zusammenarbeiten mußte, kann als sicher gelten. Wie hätte er sonst seine Anordnungen treffen sollen? Auch die Tatsache, dass er fast auf jedem Stalin-Bild aus den Kriegen abkonterfeit war, zeugt dafür, dass er im Militärischen sehr viel zu sagen hatte. Denn solche Bilder pflegen Gradresser der Rangordnung zu sein.

Der vierte Mann in Marschalluniform ist Konjew. Er (und auch

Molotow) haben sich recht offen geäußert. Dabei stand das hohe Niveau der sowjetischen Kriegerrüstung unter Einschluß der H-Bombe im Mittelpunkt. Nach diesen Äußerungen sieht die Sowjetunion - und speziell ihre Wehrmacht - sich "Drohungen" und "Provokationen" gegenüber, einem Kreis "militärischer Stützpunkte", "Militärischen Blocks und Gruppierungen". Konjew wählte eine auffällige Formulierung: Die Urheber der Drohungen hätten "jeden Wirklichkeitssinn verloren". Es ist nicht sowjetische Methode sich stärker zu geben, als man ist, mit Waffen zu prahlen, die man noch nicht hat. Unter diesem Gesichtspunkt sollte die genannte Formel gesehen werden. Beide Sprecher legten die Politik des Westens als "die Vorbereitung eines Krieges gegen das sozialistische Lager" aus. Ob sie damit Recht oder Unrecht haben, ist nicht so erheblich als die Tatsache, dass es die Basis ihrer Überlegungen ist. Damit rückt das Übergewicht der Schwerindustrie über die Leichtindustrie in ein ausgesprochen militärisches Licht. Auch die Betonung ergiebigerer Landwirtschaftspolitik passt in diese Beleuchtung. Der Staatsetat, in einem totalitären Staat sowie so eine Farce, enthält erhebliche Erhöhungen der Militärausgaben. Die Angaben gelten für die Welt; wahrscheinlich sind die Erhöhungen des Etats weit größer.

Auf die "Politik der Stärke", die über die Periode der Malenkow-Linie vom Westen durchgehalten wurde, folgt also jetzt die späte Antwort des Kreml: Die volle Militarisierung der Sowjetunion. Das letzte auffallende Bulganin-Interview galt sicher vor allem der Abdeckung dieser Tatsache. Die Sowjetunion rechnet mit einer spannungsvollen Phase, in der man bis an die Zähne gerüstet sein muß. Das scheint das Urteil ihrer Lenker zu sein, die jetzt auf die viel zu laut plazierte Politik der Stärke auf ihre Weise antworten.

In solcher Lage werden die Marschälle nach vorn gerufen, die alte Garde, die den "Großen Vaterländischen Krieg" bestand. Das ist das Neue der Lage und gibt ihr einen ganz bestimmten militanten Anstrich. Der Dualismus Malenkow-Chruschtschow, gewiß vorhanden, tritt dagegen weit zurück. In dieser Optik wird er zu einer Erscheinung am Rande; die Mitte der nächsten sowjetischen Zukunft beherrschen die Uniformen. * * *

Der Wahrheit die Ehre

Von Friedrich Maier
Vorsitzender des Ausschusses für innere Verwaltung

In der Nummer 36 vom 12/13. Februar 1955 veröffentlichte die "Süddeutsche Zeitung" unter der Überschrift "Bonn: Saar-Erklärung eine Indiskretion", *der wegen einer Reihe von Unrichtigkeiten nicht unwidersprochen bleiben kann.

Bundesregierung und Koalition hätten es als ausgesprochene Ungeschicklichkeit hingestellt, wenn ich in einer Pressekonferenz für Ausschußvorsitzende die Revisionsmöglichkeit für das Saarstatut zum Gegenstand meiner Ausführungen gemacht hätte. Dabei wird u.a. betont, dass von einer Initiative des saarländischen Landtags, von der ich gesprochen haben sollte, keine Rede sein könne. Dazu sei festgestellt, dass sowohl in den nicht geheimen Ausschuss-Protokollen wie auch in dem als Anhang zum Generalbericht einmütig bestätigten Bericht die Revisionsmöglichkeit des Status bei Nichtfunktionieren festgehalten wurde. Von einer Initiative des Saarländischen Landtags habe ich nichts erwähnt.

Die beiden Saarentschlüsse sind nach langer Beratung im Ausschuss einmütig angenommen worden. Die Zustimmung der Koalitionsabgeordneten als eine "Panne" zu bezeichnen, ist nach meinem Dafürhalten eine Beleidigung der betreffenden Damen und Herren des Ausschusses. Wer die Arbeit des Ausschusses für innere Angelegenheiten kennt, weiß, dass alle seine Beratungen unter dem Gesetz stehen, bei auftretenden Meinungsverschiedenheiten zu einem ehrlichen und aufrichtigen Kompromiss zu kommen. So war es auch bei der Beratung der Vorträge. Es kam dem Ausschuss darauf an, den deutschen Standpunkt in einer Reihe von Fragen festzuhalten, damit er bei etwa später auftretenden Schwierigkeiten, die zu Auseinandersetzungen vor dem internationalen Schiedsgericht führen könnten, als unanfechtbare, schriftlich festgelegte Auffassungen des Gesetzgebers geltend gemacht werden kann. Dem gleichen Ziele dienten die beiden Entschlüsse zum Saarstatut. Sie sollten der Bundesregierung als Hilfe und Unterstützung bei der weiteren Klärung einer ganzen Reihe noch offener Probleme dienen.

Wenn aus dem Katalog der in der zweiten Saarentschlüsselung behandelten Fragen im Bericht der "Süddeutschen Zeitung" nur eine einzige herausgegriffen und die Forderung nach Abzug der französischen Truppen als unrealistisch bezeichnet wurde, so sei darauf verwiesen, dass bei früheren ähnlichen Abstimmungsvorgängen (Oberschlesien, Memel, Danzig u.a.) eine solche Bestimmung stets beachtet worden war, um bei diesen Abstimmungen jeglichen moralischen Druck unmöglich zu machen.

Kun noch ein Wort zum Vorwurf der Indiskretion. Ich habe bei der Schlußabstimmung über den Bericht feststellen dürfen, dass es dem Berichterstatte - einem von mir bekannten Vertreter der Hauptregierungspartei - vorbildlich gelungen ist, in konzentriertester

*einen Artikel,

Form das Ergebnis der Ausschußberatungen festzuhalten. Nachdem auch vom Ausschuss einstimmig beschlossen war, den Bericht als Anhang den Generalberichten beizugeben, bestand kein Anlass mehr, gewisse Fragen der Pressekonferenz nicht aus Teilen des Berichts heraus zu beantworten. Vom Berichterstatter war mir der Bericht loyalerweise zu diesem Zweck vorher ausgehändigt worden. Ich muß deshalb als den gegen mich in dem Bericht der "Süddeutschen Zeitung" von der Regierung erhobenen Vorwurf nachdrücklich zurückweisen.

Die Kritik an dem Ausschuss und seinen Mitgliedern geht an den Tatsachen vorbei. Ich glaube, man hätte der parlamentarischen Arbeit einen größeren Dienst erwiesen, wenn man die im Bundestag nicht zu den Alltäglichkeiten gehörende Einmütigkeit von Regierungsparteien und Opposition, wie sie in dieser Ausschußsitzung zum Ausdruck kam, als den Beweis gemeinsamen guten Willens entsprechend gewürdigt hätte.

* * *

Verlegene Antwort

sp - Das Musterbeispiel einer Antwort, die keine ist, hat die Bundesregierung auf die im Zusammenhang mit der Kanzler-Intervention beim Max-Planck-Institut an den Bundeskanzler gerichteten drei Fragen gegeben. Sie bestreitet nicht die Intervention des Kanzlers, wohl aber das in den frei Fragen umrissene Motiv dieser Intervention. Der Bundeskanzler habe den Atomphysiker Professor Heisenberg gebeten, so heißt es in der Begründung, den Vortrag über Atomenergiefragen vor der Ratifizierung nicht zu halten, weil sonst der Eindruck erweckt werden könnte, "die Bundesrepublik wolle die noch geltenden besatzungsrechtlichen Bestimmungen nicht einhalten."

Diese Ausrede ist so schlecht wie die Absicht, die hinter der Kanzlerintervention stand. Der deutschen Öffentlichkeit wird von der Regierung stets gesagt, die Bundesrepublik werde mit der Verabschiedung der Pariser Verträge die völlige "Souveränität" erhalten, die deutsche Wissenschaft werde u.a. die Freiheit des Forschers und des Experimentierens zurückhalten. Seit wann fällt die öffentliche Diskussion über Fragen der Atomenergie unter besatzungsrechtliche Bestimmungen? Die gleichen Bestimmungen haben die aufrüstungsfreudige Bundesregierung nicht daran gehindert, bis in das Detail gehende Einzelheiten über Umfang, Organisation und Gliederung der geplanten westdeutschen Armee bekanntzugeben und Vorbereitungen für die Wiederaufnahme der Lufthansa zu treffen.

Die Auseinandersetzung um die westdeutsche Aufrüstung wird in aller Öffentlichkeit geführt und noch niemandem auf der Regierungsseite ist es eingefallen, sie unter Berufung auf das noch geltende Besatzungsstatut zu unterbinden. Was für die geplante Aufrüstung gilt, müßte, so sollte man meinen, auch für die Behandlung der Atomenergiefragen gelten. Warum auf einmal diese Zurückhaltung? Es ist doch so, wie zu vermuten war: Der Bundeskanzler sieht den Boden seiner Politik schwanken, wenn das deutsche Volk der Gefahren bewußt wird, die mit einem Wettüsten im Atomzeitalter und mit der Verhärtung internationaler Gegensätze verbunden sind.

* * *

Verantwortlich: Peter Rainau